

**Tagesordnung I Punkt 5 der öffentlichen Sitzung am 18. November 2021**Antrags-Nr. 21-F-63-0021**Die Stadt gehört auch den Jugendlichen - Freiräume erschließen, Mitwirkung fördern  
- Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 10.11.2021 -**

Die Stadt gehört auch den Jugendlichen - Freiräume erschließen, Mitwirkung fördern  
Jugendliche haben in besonderem Maße unter der Corona-Pandemie gelitten. Sie befinden sich in einer Phase der Findung, aber die Pandemie hat ein Zusammensein mit der Peergroup verhindert. Praktika wurden abgesagt, Schulabschlüsse erschwert, Partys verboten. Dabei ist es gerade in diesem Lebensabschnitt wichtig für die Entwicklung und Sozialisation, sich mit Gleichaltrigen real auszutauschen und zu treffen.

Der Wunsch nach einem unbeschwertem Miteinander zeigt sich an vielen Orten in der Stadt - am Warmen Damm, in der Wagemannstraße, an den inzwischen abgebauten Bänken an der Kreuzung Goebenstraße/Scharnhorststraße. Zugleich kommt es, wie häufig, wenn viele Menschen zusammenkommen, zu Grenzüberschreitungen. Vermüllung, Alkoholkonsum bei Minderjährigen, Ruhestörung bis in den frühen Morgen. Es bleibt eine Herausforderung, die legitimen Interessen von Anwohnerinnen und Anwohnern auf der einen Seite und von Jugendlichen nach öffentlichem Raum in Einklang zu bringen.

Bestehende Konflikte machen aber auch offensichtlich, dass in dieser Stadt Räume und Orte fehlen, an denen sich Jugendliche selbstbestimmt, niedrigschwellig und ohne Konsumzwang treffen können - trotz der vielfachen Anstrengungen der letzten Jahre.

Es ist notwendig, die Zielgruppe der Jugendlichen weiterhin im Blick zu halten, ihre Bedürfnisse besser zu verstehen und zu prüfen, welche zusätzlichen Freiräume sich für sie in der Stadt eröffnen lassen, aber auch, welche außerschulischen Angebote geschaffen werden können, um sie in ihrer Bildungsbiografie zu unterstützen.

Die Pandemie hat ein Weiteres deutlich gemacht: Sie hat den Strukturwandel der Innenstadt beschleunigt und die Erkenntnis befördert, dass nur ein vielfältiger, nicht ausschließlich kommerzieller Nutzungsmix die von Einkaufstempeln geprägten Stadtkerne zukunftsfähig macht. Neben Einzelhandel und Gastronomie gilt es Kultur, Bildung, Handwerk und Wohnen mitzudenken und insbesondere den öffentlichen Raum mit neuem Wert zu besetzen. Innenstädte müssen als zentrale Orte des sozialen Zusammenhalts und der Teilhabe gestärkt werden. Das heißt: Auch Jugendliche sollten hier ihren Platz finden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest: Trotz umfangreicher Anstrengungen Angebote und Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche und junge Erwachsene zu schaffen, fehlt es insbesondere in der Innenstadt an öffentlichen Flächen und Räumen, in denen sich Jugendliche treffen können, ohne dass dabei Konsumzwang oder größeres Konfliktpotential mit Anwohnerinnen und Anwohnern besteht. Deshalb setzt sich die Stadtverordnetenversammlung das Ziel, auch Lösungen für temporäre Nutzungen in der Innenstadt zu finden.

2. Die Stadtverordnetenversammlung ist sich bewusst, dass Jugendliche und junge Erwachsene selbst bei umfassenden Angeboten auch selbst Räume erschließen und erschließen wollen. Der bestehende öffentliche Raum auf Plätzen und Parks kann und muss auch diesem Bedürfnis dienen. Bei Übergriffen und Gesetzesverstößen sind die notwendigen Maßnahmen direkt gegen die Verursacherinnen und Verursacher zu richten - eine pauschale Vertreibung aller jungen Menschen kann keine Lösung sein. Der Magistrat ist aufgefordert, neben ordnungsrechtlichen Aspekten auch Mittel der sozialen Arbeit und Prävention zu nutzen.
3. Der Magistrat wird gebeten, in Zusammenarbeit mit dem Jugendparlament und Akteurinnen und Akteuren der Jugendarbeit zu prüfen, ob und inwieweit das stillgelegte Parkhaus City I für verschiedene Popup-Nutzungen geöffnet werden kann, die sich auch an Jugendliche richten und mit ihnen zusammen entwickelt werden (z. B. Konzerte, Graffiti-Galerie, Skate-Bahn). Ein etwaiger Finanzbedarf für eine Popup-Nutzung ist zu differenzieren nach Verwendung für die Nutzung selbst und für Maßnahmen, die in das Gebäude selbst fließen müssten.
4. Zusätzlich wird der Magistrat gebeten, das Gespräch mit der Handwerkskammer zu suchen und in einem geeigneten verfügbaren Leerstand nach dem Vorbild der Städte Mainz und Frankfurt ein - von der Handwerkskammer organisiertes - Berufsorientierungsangebot einzurichten („Xperience Handwerk“, „MAKERSPACE #machdeinhandwerk“)<sup>1</sup>. Hier können Kinder und Jugendliche Handwerke praktisch ausprobieren und sich über Berufsbilder, Ausbildungen und Praktikumsmöglichkeiten informieren. Die Handwerkskammer hat Interesse an einem solchen Konzept signalisiert, das dazu beitragen kann, die Bedeutung des Handwerks vor Augen zu führen und für handwerkliche Berufswege zu werben.

---

### Beschluss Nr. 0533

Der Antrag wird angenommen.

Dem Magistrat  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2021

Herrn Vorsitzenden des Jugendparlaments  
mit der Bitte um Kenntnisnahme zu Nr. 3

Dr. Gerhard Obermayr  
Stadtverordnetenvorsteher

---

<sup>1</sup> [https://www.hwk-rhein-main.de/de/styleguide/xperience-handwerk-1935;](https://www.hwk-rhein-main.de/de/styleguide/xperience-handwerk-1935)  
<https://www.hwk.de/makerspace-handwerk-zum-anfassen/>

Der Magistrat  
-16 -

Wiesbaden, .11.2021

Dezernat VI i.V.m. I und II  
zu Punkt 3.  
Dezernat II zu Punkt 4.  
Dezernat VI federführend  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gert-Uwe Mende  
Oberbürgermeister